

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Der Stand des Internationalismus  
**Autor:** Révész, László  
**Kapitel:** Der Eurokommunismus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094724>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Eurokommunismus

Die nichtregierenden kommunistischen Parteien beschäftigen sich heute fast alle mehr oder weniger ausgeprägt mit zwei Problemkreisen, die man im Sowjetlager weder richtig diskutieren noch richtig verschweigen kann. Sie bilden zusammen den Inhalt dessen, was man Eurokommunismus nennt. Der erste Problemkreis bezieht sich auf die Führungsrolle Moskaus und ganz allgemein auf das Verhältnis der einzelnen Parteien zum Sowjetlager. Der zweite Problemkreis bezieht sich auf das Modell des Sozialismus für Westeuropa. Schon angesichts der sowjetischen Ansprüche auf die Universalität des eigenen Modells haben beide Problemkreise viel miteinander zu tun.

## Sowjetozentrik und Rotationsbremsen

Das Verhältnis zur KPdSU und zur Sowjetunion ist natürlich eine Frage von unmittelbarer politischer Brisanz. Wenigstens in der Potenz. Zur Vermeidung von Illusionen ist aber vorerst einzusehen, dass der Anfechtung Grenzen gesetzt sind, im allgemeinen sogar sehr enge.

Es gibt auch in Westeuropa kommunistische Gruppierungen wechselhafter Zusammensetzung, die in Übereinstimmung vor allem mit der chinesischen Kampfterminologie gegen den sowjetischen Sozialfaschismus frontal ins Feld ziehen. Aber das wirkt nicht repräsentativ und ist überdies ausserhalb der eurokommunistischen Toleranzlimiten angesiedelt. Kleinere Ueberlappungen gibt es noch, zur Hauptsache Restbestände aus der Blütezeit der Neuen Linken in den sechziger Jahren. Unterdessen haben sich diese Kräfte weitgehend entweder eingeordnet oder abgesondert; der kommunistische Antisowjetismus ist in Westeuropa eher ein Kuriosum als eine Kraft.

### Auch Eurokommunisten sind für Aktionsfreiheit mit dem Ostblock ...

Alle grösseren kommunistischen Parteien Westeuropas befürworten durchaus die Zusammenarbeit, ja die *Aktionseinheit mit dem Ostblock* und seinen Parteien, insbesondere mit UdSSR und KPdSU. Das ist ein Hauptmerkmal, das ange-

sichts von sonstigen wirklichen oder vermeintlichen Differenzen nicht aus den Augen zu verlieren ist.

Der Fall der niederländischen KP ist hier bloss als Ausnahme zu nennen, welche die Regel bestätigt. Die Partei leitete 1964 eine «Neuorientierung» ein, die sie auf bewussten Kollisionskurs mit Moskau geführt hat. Ihre Zeitung «De Waarheid» nannte etwa (am 15. 3. 1974) die Ausweisung Solschenizyns «das Resultat einer revisionistischen Politik, für die andere Parteien keine Verantwortung auf sich nehmen können». Solche Ablehnung des sowjetischen Funktionsmechanismus selbst findet aber anderswo nicht statt. Im Gegenteil, man fühlt sich mit ihm grundsätzlich nach wie vor brüderlich verbunden.

Das zeigt sich auch in einem andern gemeinsamen Element, nämlich dem deklarierten *Kampf gegen den Antisowjetismus*. Wobei dieser summarisch apostrophierte «Antisowjetismus» auffallenderweise zumeist in einem Atemzuge mit dem «Antikommunismus» genannt wird. Das

entspricht natürlich der Moskauer Lesart, die jeden Angriff auf die sowjetische Politik als Feindschaft zum Kommunismus verstanden haben will.

Es ist nur folgerichtig, wenn die «Prawda» (am 5. 7. 1976 anlässlich der europäischen KP-Konferenz in Ostberlin) die «Isolierung und Bekämpfung des Antikommunismus» als «Kampf gegen jene Kräfte» exemplifiziert, «die wütende Angriffe auf die sozialistischen Länder führen».

### ... und bekämpfen entschieden den Antisowjetismus

Aber das hat seine westeuropäische Entsprechung. Der Präsident der Luxemburgischen KP, Dominique Urbany:

«Die kategorische Zurückweisung des Antikommunismus in all seinen Formen und seines Hauptteiles, des Antisowjetismus im besonderen, halten wir für eine Voraussetzung dafür, dass es in den kapitalistischen Ländern zu einer wahrhaften und erfolgreichen Aktionseinheit der Kommunisten, Sozialisten, Christen und anderen fortschrittlichen Kräften kommt.» («Neues Deutschland», Ostberlin, 1. 7. 1976)

Der westdeutsche KP-Chef Herbert Mies nannte in Moskau die entschiedene Zurückweisung des Antisowjetismus die Hauptaufgabe des ideologischen Kampfes («Prawda», 3. 3. 1976) und bezeichnete in Bonn den Antisowjetismus als unvereinbar mit der Entspannungspolitik.

Und solche Stellungnahmen beschränken sich keineswegs nur auf Parteien, denen man bedingungslose Sowjettreue nachsagt. In Frankreich macht Georges Marchais immer wieder mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass Gegnerschaft zu Moskau von niemandem zu akzeptieren sei: «Wir kämpfen gegen den Antisowjetismus, woher er auch kommt» («L'Humanité», 28. 1. 1976), was u. a. als Warnung an Volksfrontpartner zu verstehen ist.

### Kann Moskau noch mehr wollen? Aber ja, den bedingungslosen Prosoowjetismus

Moskau selbst verlangt freilich noch etwas mehr, nämlich unbeirrbares Prosoowjetismus:

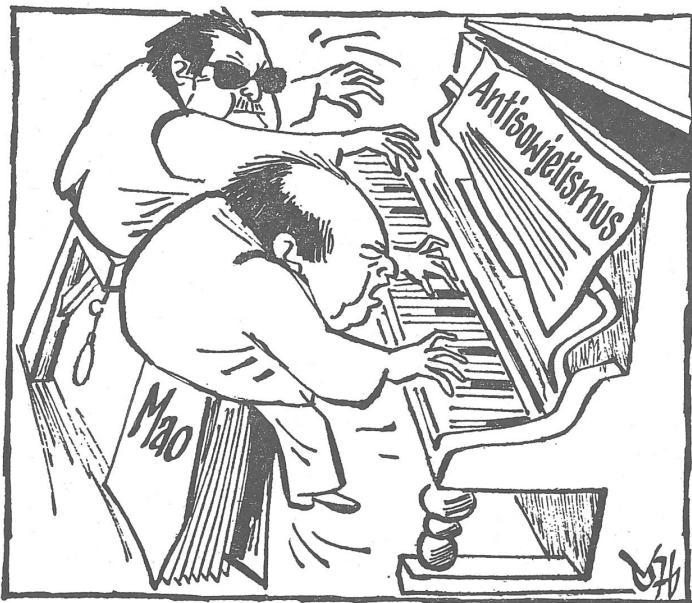
«Die Solidarität mit der Sowjetunion und der KPdSU ist und bleibt der Prüfstein für den Internationalismus einer jeden Partei, eines jeden sozialistischen Staates.»

So heisst es in einem zentralen Lehrwerk, das vom Philosophie-Institut an der Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde. («Theoretische Fragen des proletarischen Internationalismus», russisch, Moskau 1972, S. 55—56)

Mit diesem Anspruch haben sich die Sowjets wieder bei ihren osteuropäischen, mongolischen und kubanischen Partnern durchgesetzt, wobei Rumänien die Ausnahme bildet.

Mao und Strauss spielen zum Antisowjetismus auf. («horizont», Ostberlin, Nr. 13/1976)

Die Macht mit dem militantesten Antisowjetismus der Welt ist China, ein kommunistisches Land. Für den «Eurokommunismus» besteht ein Dilemma: Er hat den «Kampf gegen den Antisowjetismus» auf seine Fahnen geschrieben und versichert gleichzeitig, er wolle mit allen Bruderparteien solidarisch sein und mit ihnen allen den Kampf gegen den Imperialismus führen. Aber wenn der Kampf der grössten Bruderpartei (der KP Chinas) gegen den Imperialismus der UdSSR geht, was dann?



Aber ausserhalb des Sowjetlagers? Hier haben sich generell die Bekundungen bedingungsloser Gefolgschaft von der Ersten auf die Dritte Welt verlagert. So sagte der angollesische Ministerpräsident vor dem sowjetischen Fernsehen:

«Die Geschichte der Menschheit beweist, dass kein Land den Sozialismus ohne die Hilfe der Sowjetunion erbauen kann.» («Prawda», 19. 5. 1976)

Uebrigens eine kompetente Aussage darüber, dass die MPLA-Ordnung in Angola ausschliesslich dem sowjetischen Eingreifen zu verdanken ist. Natürlich stellt sich im Falle von Angola (und Mozambique, Somalia, Kongo-Brazzaville, Südjemen...) die Frage, wieweit diese Länder politisch noch der Dritten Welt zuzuordnen

sind, nachdem sie de facto zum Machtbereich des Sowjetlagers gehören.

Das sind Eindeutigkeiten. Für die kommunistischen Parteien in den westlichen Industrieländern (in seinen inhaltlichen Vorstellungen hört der Eurokommunismus nicht an den Grenzen des Kontinents auf) geht es hingegen darum, wie die Aktionseinheit mit der UdSSR mit der Unabhängigkeit von der Sowjetführung zu vereinbaren ist, da diese ja ihrerseits die Aktionseinheit nur in Gefolgschaftstreue zu ihr selbst versteht.

### Der polyzentristische Kompromiss: Unabhängigkeit der Parteien in Solidarität mit der KPdSU

Hier ist daran zu erinnern, dass von den betreffenden Parteien selbst kein Gegensatz postuliert wird, im Gegenteil. Die italienische KP hatte schon in ihren polyzentristischen Anfängen, an ihrem Parteitag von 1960, erklärt:

«Die Selbständigkeit jeder Partei ist die Bedingung ihrer politischen Entwicklung. Sie widerspricht der proletarischen Solidarität nicht, sondern fördert sie vielmehr.»

(«Die Programmdokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern Europas», russisch, Moskau 1960, S. 235 ff)

Im gleichen Jahr nahm dann die Moskauer Weltkonferenz unter Zustimmung auch der italienischen Delegation den Grundsatz der sowjetischen Führungsrolle für die internationale kommunistische Bewegung an. Zusammen ergab das Unabhängigkeit unter Moskauer Führung.

Ein solches schlagseitiges Sowohl-als-auch kommt heute in unterschiedlicher Gewichtung wiederum zum Ausdruck. In einem Interview für die sowjetische Zeitschrift «Kommunist» (Nr. 7/1976) sagt der Generalsekretär der KP Kanadas:

«Es ist klar, dass jede kommunistische und Arbeiterpartei selbständig und souverän ist. (...) Jede Partei lernt von den andern Parteien, und alle Parteien lernen von der KPdSU.»

Das ist in der Tat «klar». Die Zeiten der Vaterpartei und Kinderparteien sind vorüber; es lebe die Zeit der Lehrpartei und der Schülerparteien.

Die mögliche Spannweite des aktionsgemeinschaftlichen Fächers zeigt das abgrenzungswilligere Votum auf, das KPI-Chef Enrico Berlinguer diesen Sommer an der europäischen KP-Konferenz nach Ostberlin abgegeben hat:

«Unserer Meinung nach müsste uns die Erfahrung lehren, dass die gegenwärtige Situation der internationalen Arbeiterbewegung verlangt, überholte Methoden nunmehr aufzugeben. Wir wissen nicht, ob diese Einschätzung von den Genossen aller hier vertretenen Parteien geteilt wird, aber wir wollen ehrlich sagen, dass sie für uns feststeht.»

Zum Internationalismus als Wesenszug der Kommunistischen Partei sagte Berlinguer:

«Das bedeutet, sich als Mitstreiter und Protagonist zu fühlen in der Aktion, die im eigenen Lande und im internationalen Massstab entfaltet wird, in der gesamten Bewegung der Werktätigen und ihren Völkern.» («Prawda», 3. 7. 1976)

Das schliesst die Türe zu den (Kommando-) Strukturen des organisierten Internationalismus nicht gerade zu, öffnet aber eine Türe zur Auf-

### Unabhängigkeit im Internationalismus gibt es doch gar nicht

«Keine Partei, die im Klassenkampf steht, kann von sich behaupten, dass sie den Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes allein führt. Ist es überhaupt vorstellbar, dass dieser oder jener Bestandteil der revolutionären Arbeiterbewegung seine revolutionären Aufgaben erfüllen könnte ohne die Existenz der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung? (...) Die Internationalisierung des Klassenkampfes geht mit der Zeit nicht zurück, sondern nimmt vielmehr weiterhin zu.»

Ivan Hlivka und Michael Stefanek: «Der proletarische Internationalismus — Grundsatz der internationalen kommunistischen Bewegung», ungarisch, «Uj szoz», Bratislava, 17. Juli 1976.

fassung, dass man durch Selbsteinschätzung hinreichend als Mitglied der internationalen Bewegung legitimiert ist. Aber da könnte ja jeder kommen, sagt man sich in Moskau, sogar das antisowjetische Element.

Die kommunistische Mitte Westeuropas in dieser Frage lässt sich vielleicht mit dem Slogan «Unabhängigkeit und Solidarität» zusammenfassen. Zum Exempel kann das britische Votum auf dem 25. KPdSU-Kongress 1976 dienen:

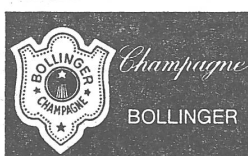
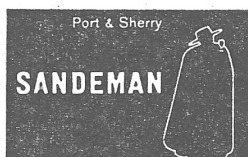
«Die Unabhängigkeit und Souveränität jeder kommunistischen Partei und die Solidarität aller kommunistischen Parteien untereinander in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus: das sind die Hauptgrundlagen der gegenseitigen Beziehungen. (...) Unsere Solidarität und die gemeinsamen Aktionen mit Ihrer Partei (KPdSU) und mit den übrigen brüderlichen Parteien werden unverändert und in vollem Umfang in unserem gemeinsamen Kampf zum Ausdruck kommen.» («Prawda», 2. 3. 1976)

### Die Vereinbarkeit am unmöglichen Beispiel

Die beiden Elemente scheinen hier ganz gut vereinbart — solange man nicht z. B. die Frage stellt, ob die antiimperialistische Solidarität aller Parteien auch der KP Chinas in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Imperialismus gilt. Ist die Solidarität mit der KPdSU denn anders als exklusiv zu haben?

### Akzentverschiebung je nach Auditorium

Die ausgewählten Zitate zeigen schon, dass die meisten kommunistischen Führer Westeuropas (und weiterer industrialisierter Länder des Westens) heute nach einer Formel suchen, um den eigenen Mitbürgern ihre Unabhängigkeit von den Ostblockparteien darzutun, jene aber gleichzeitig ihrer Solidarität und ihrer Treue zum Prinzip des proletarischen Internationalismus zu versichern. Man erstrebt hier sozusagen eine «dialektische Einheit von zwei einander widersprechenden Konzepten», um in der ideologischen Terminologie zu reden. Dabei fällt oft eine Akzentverschiebung auf: Als Gast im Sowjetlager legt man das Hauptgewicht auf Solidarität und Aktionseinheit, in den jeweiligen Heimatländern aber auf die Unabhängigkeit. Die Einheit (Unità) der Wahrheit (Prawda) ist dialektisch zu verstehen.



Vertrieb:  
Berger Bloch AG  
3550 Langnau